
STADTRATSFRAKTIONDr. Brigitte Kuchta
Fraktionsvorsitzende

An den
Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Bürgermeister
Bert Spilles
Rathaus

53340 Meckenheim

06.06.12**Betrifft: Kita-Ausbau – Rechtsanspruch U 3 Platz**

Sehr geehrter Herr Spilles,

die SPD Fraktion beantragt folgenden Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Hauptausschusses zu setzen:

„ Kita-Ausbau – Rechtsanspruch U 3 Platz“**Begründung:**

Aufgrund eines im Dezember 2008 in Kraft getretenen Bundesgesetzes haben ab dem 01.08.2013 Eltern einen Rechtsanspruch auf einen qualifizierten U3 Betreuungsplatz.

Dieser Rechtsanspruch besteht gegenüber den Wohnortkommunen der Eltern, ohne dass diesen von der Bundesregierung die für den Ausbau der U 3-Betreuung erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesregierung will die Kommunen lediglich durch einen Zinszuschuss bei Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützen.

Lt. Generalanzeiger vom 06.06.2012 fordert der Meckenheimer Bürgermeister, den Rechtsanspruch auf den U3 Platz deutlich nach hinten zu verlegen. Der Rheinbacher Bürgermeister will seinen linksrheinischen Kollegen vorschlagen, dass die Kommunen gegen das Land NRW, obwohl dies den Rechtsanspruch nicht beschlossen hat, zu klagen.

Weder eine Klage noch eine Verschiebung des Rechtsanspruchs hilft den Eltern, die zu Recht eine qualifizierte Betreuung ein fordern, zu den notwendigen Betreuungsplätzen.

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD-Fraktion die folgenden Fragen:

Wie ist der aktuelle Deckungsgrad bei der U3-Betreuung?

Wie ist der Deckungsgrad bei Tagesplätzen in den Meckenheimer Kitas?

Wie ist der Deckungsgrad insgesamt?

Welche U 3-Ausbaupläne bestehen für den Zeitraum bis zum Sommer 2013 und wie soll die zeitliche und finanzielle Umsetzung erfolgen?

Denkt die Verwaltung an einen Nachtragshaushalt 2012 mit dem die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Rechtsanspruches geschaffen werden?

Welche Kosten können auf die Stadt zukommen, wenn Eltern ihren Rechtsanspruch einklagen?

Wird die Verwaltung hierfür Vorsorge im Haushalt 2013 schaffen?

Welche weiteren realistischen Lösungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung für die nächsten 12 Monate zur Umsetzung des Rechtsanspruches.

Die SPD behält sich vor, zum Tagesordnungspunkt Anträge zustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitte Kuchta